

Möglichkeit zum Meinungsaustausch mit Wissenschaftlern aus ganz Asien, die es sonst nur selten gibt.

Günter Schucher

## Discovering the Gender Face of Politics

### 3. internationale Konferenz *Women and Politics in Asia*

Islamabad/Pakistan, 24.-25.11.2005

Zum dritten Mal seit 2003 trafen sich WissenschaftlerInnen, AktivistInnen und PolitikerInnen zu einer zweitägigen internationalen Konferenz *Women and Politics in Asia*. Mitorganisiert wurde diese u.a. von der Universität Duisburg-Essen und ermöglichte, das DFG-geförderte Forschungsprojekt "Dynastien und politische Führerinnen in Asien" ([www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/institut/mitarbeiter/Dynasties/index.htm](http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/institut/mitarbeiter/Dynasties/index.htm)) sowie seine bisherigen Forschungsergebnisse einem breiten lokalen und regionalen Fachpublikum zu präsentieren.

In diesem Jahr lag der Schwerpunkt auf einer stärkeren Vernetzung von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik (und weniger auf einer rein wissenschaftlichen Perspektive), um das gender-spezifische Gesicht asiatischer Politik näher zu untersuchen und *best practices* entwickeln zu können. In sechs parallelen Panels wurden süd- und südostasiatische Fallstudien und Erfahrungen aus den Bereichen (a) personalisierte Politik und Dynastien (Indien, Pakistan, Birma, Philippinen), (b) Ethnizität, religiöse Diskurse, Konflikte und internationale Konventionen (Malaysia, Sri Lanka, Pakistan und Indien), (c) Frauen in der pakistanischen Politik mit Erfahrungsberichten von Parlamentarierinnen und Senatorinnen, (d) Wahlen und Quoten mit Fallstudien aus Bangladesch, Pakistan, Nepal, Japan und einer Regionalstudie, (e) Dezentralisierung (Indien, Pakistan, Vietnam) sowie (f) Medien – Push- oder Pull-Faktor für die Politik präsentiert. Den Teilnehmenden aus sechzehn Ländern ging es um die Gender-Dimension des politischen Lebens Asiens, insbesondere den Problemen, Frauen in den politischen Mainstream ihres Landes zu integrieren und ihnen eine effektive Mandatsausübung zu ermöglichen. Die verschiedenen Konferenzbeiträge (inklusive aus 2003 und 2004) befinden sich online verfügbar auf der Website des neu gegründeten Women and Politics in Asia Forum ([www.wpaf.org](http://www.wpaf.org)), welches als Plattform für die weitere Vernetzung und wissenschaftliche Forschungskooperation dienen soll.

Zudem wurde eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, welche nicht nur der nationalen Presse und Öffentlichkeit in Pakistan auf der abschließenden Podiumsdiskussion vorgestellt wurde, sondern von den internationalen Teilnehmenden für ihre weitere (Öffentlichkeits-/Lobby-) Arbeit genutzt werden kann. In erster Linie wurde gefordert, interaktiver und partizipativer weitere Forschung zur politischen Repräsentation und Partizipation von Frauen in Asien durchzuführen. Eine solche "engagierte" Forschung sollte möglichst Wissenschaftler, AktivistInnen und PolitikerInnen miteinander verbinden, um Determinanten und Parameter umfassend und detailliert erkunden und *best practices* entwickeln zu können. Zudem unterstrichen mehrere Vortragende die Notwendigkeit, gender-disaggregierte Daten zu erheben, welche eine Grundvoraussetzung für gender-sensitives *agenda-setting* und *policy-making* sind. Entsprechend müsse die Gender-Perspektive in akademischen Umfragen, politischen Programmen und Entscheidungsfindungen dauerhaft Einzug finden – im Sinne eines Gender Mainstreaming in Zeiten von Frieden, Krieg und Katastrophenhilfe (wie aktuell in Pakistan und den vom Tsunami betroffenen Ländern).

Mehrere Teilnehmende, allen voran Drude Dahlerup (Universität Oslo, [www.quotaproject.org](http://www.quotaproject.org)), bekräftigten eine dringend notwendige *fast-track policy* für das politische Empowerment von Frauen, nicht nur in Asien. Es bedürfe institutioneller Maßnahmen, um eine kritische Masse von Frauen auf verschiedenen Entscheidungsfindungsebenen in politisch stabilen Zeiten, aber auch in Transitions- und Postkonflikt-Kontexten zu etablieren – *institutions matter*. Zusätzlich müssen weitere Erfordernisse auf dem Weg hin zu einer geschlechtergerechten Demokratie erfüllt werden: eine veränderte Zusammensetzung der politischen *gatekeeper*, eine Demokratisierung und funktionierende Mehrparteiensysteme als "Arbeitsbasis", das Mainstreamen von Frauen als *femocrats* in gesellschaftliche und wirtschaftliche Entscheidungsfindungsprozesse, insbesondere in den Schaltstellen der einflussreichen Ministerialbürokratie. Abgesehen von notwendigen institutionellen Wandlungsprozessen wurde Transformationsbedarf bei den Politikerinnen selbst identifiziert: Diese sollten ihren Aktivitätsradius und ihre *agency*-Optionen kreativ und innovativ erweitern und neben so genannten parlamentarischen *women caucus* andere öffentliche Foren nutzen, insbesondere dann, wenn konventionelle Sphären die Umsetzung der eigenen Agenda durch Marginalisierung und Exklusivität verhindern.

Ein weiterer Stützpfiler sind dabei Allianzen mit der Zivilgesellschaft und die Garantie eines Rechtsstaates, vor allem im Falle von gender-diskriminierender Gesetzgebung wie den *Hudood Ordinances* in Pakistan und fehlender Umsetzung von internationalen Menschenrechtskonventionen für Frauen wie es in vielen Ländern Süd- und Südostasiens der Fall ist. Eine Kooperation zwischen der *grassroots*-Ebene und den Parlamentarierinnen könne zudem *representative gaps* überwinden und Letztere in die politische Verantwortung und Interessensvertretung verstärkt einbinden. *Capacity building* für Parlamentarierinnen und Kandidatinnen war ein weiteres Schlagwort der unterschiedlichen Workshopsitzungen. Eine Forderung nach einem Mehr an gender-sensitiver Verantwortung der elektronischen und Printmedien kristallisierte sich in der Workshopsitzung *Media – Push or Pull in Politics*: Politikerinnen sollten als Rollenmodelle verstanden und vor allem auch in ihren Erfolgen präsentiert werden. Die nächste Konferenz wird 2007 in Ottawa, Kanada stattfinden.

Andrea Fleschenberg

## **Internationale Konferenz über "The Radicalization of Muslim Communities in Southeast Asia"**

Manila-Makati, Philippines, 30.11.-02.12.2005

Organisiert von der Konrad-Adenauer-Stiftung und vom Council for Islam and Democracy

Die 2-tägige internationale Fachtagung, die im Kontext eines über einen langen Zeitraum angelegten Projekts der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Council for Islam and Democracy steht, setzte sich zum Ziel, den Ursachen für die Radikalisierung des Islams in Südostasien nachzugehen und plausible Interventionen auf nationaler und lokaler Ebene zu identifizieren, die der weiteren Radikalisierung entgegenwirken könnte. Die Stärke der Tagung war, dass sie Vertreter der philippinischen Regierung, der muslimischen Opposition in Mindanao und Vertreter der Zivilgesellschaft in Mindanao zusammenbrachte und die Erfahrungen in den Südpalippenen mit Südthailand und Indonesien verglich. Die Präsentationen waren in drei Bereiche gegliedert: Der erste Teil widmete sich der Präsentation radikaler islamischer Gruppen und Netzwerke, der zweite Block den Gründen der Radikalisierung islamischer Gesellschaften und der dritte Bereich der Frage der demokratischen Intervention